



G 8612 E

Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerchaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)
– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

Rote Karte für den Bundeskanzler

→ S. 131

Dieter Ondracek ist neuer UFE-Präsident

→ S. 134

**Verzögerte Anpassung im Besoldungsgesetz
festgeschrieben**

→ S. 137

Gleicher Lohn hat höchste Priorität

→ S. 138



11/99

48. Jahrgang - November 1999 - ISSN 0178-207X

Inhalt

131 Großdemonstration in Berlin gegen Spardiktat der Bundesregierung

Mit eindrucksvoller Beteiligung ihrer Mitglieder hat die DSTG in Berlin gegen das vorgesehene Spardiktat der Bundesregierung demonstriert. Bilder sprechen für sich und dokumentieren den Ernst der Lage. In seinem Kommentar greift der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek den ungeheuerlichen Versuch an, die Besoldung im öffentlichen Dienst auf den Ausgleich der Inflationsrate festschreiben zu wollen.

134 Dieter Ondracek ist neuer Präsident der UFE

Gemeinsame Gewerkschaftsarbeit in Europa wird durch das Zusammenwachsen der EU immer wichtiger. Als neugewählter Präsident der „Union des Finanzpersonals in Europa (UFE)“ kann Dieter Ondracek diese internationale Zusammenarbeit entscheidend mitgestalten. Ondracek ist Nachfolger von Joseph Schaack, der in das Kabinett von Luxemburg berufen wurde.

137 Verzögerte Anpassung im Besoldungsgesetz festgeschrieben

Der Bundestag hat das Besoldungsgesetz 1999 verabschiedet, das weitgehend dem Tarifergebnis folgt. Allerdings ist für Beamte eine um zwei Monate verzögerte Besoldungsanpassung vorgesehen, um die finanziellen Auswirkungen des Kindergeldurteils aus Karlsruhe auszugleichen.

138 Gleicher Lohn hat höchste Priorität

Gleiche Bezahlung in Ost und West ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Selbstwertgefühls für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Deshalb hat der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek die Anpassung der Löhne und Gehälter zur Priorität erklärt. 100 Prozent Arbeit bei 86,5 Prozent Lohn sei Hohn, sagte Ondracek.

Titelfoto

DSTG-Chef Ondracek war mit dem Aufmarsch seiner DSTG-Kolleginnen und Kollegen in Berlin zufrieden.

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, <http://www.dstg.de>; e-mail: dstg-bonn.@t-online.de, Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Fotos: DSTG, DSTG-Archiv, Eduard N. Fiegel, foto kirsch, Hauptvogel. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beifügt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 80 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es brodelt im öffentlichen Dienst, und speziell in den Finanzämtern. Vieles war im Wahlkampf versprochen, wenig wird gehalten.

Die Bundesregierung schürt eine Katastrophensituation, um einen dreisten Coup vorzubereiten. Ohne Rücksicht auf § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes, der verbindlich regelt, daß die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen ist, wurde von der Koalition ein Gesetz vorgelegt, wonach die Besoldungserhöhung und die Erhöhung der Versorgungsbezüge für die nächsten zwei Jahre auf die Inflationsrate begrenzt wird. Wenn der Bundestag diesem Gesetzentwurf zustimmt, entmündigt er sich selbst. Er schreibt sich selbst vor, was er in den Besoldungserhöhungsgesetzen 2000 und 2001 zu beschließen habe. Mit diesem Vorhaben wird nicht nur § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes mißachtet, sondern auch indirekt ein Angriff auf die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst gestartet. Dies können wir nicht hinnehmen!

Einer Bundesregierung, die gesetzliche Bestimmungen mißachtet, den Bundestag entmündigt und die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mißachtet, muß die „rote Karte“ gezeigt werden. Deshalb riefen wir – zusammen mit dem Deutschen Beamtenbund – zu einer Protestdemonstration nach Berlin auf. Die Beteiligung aus unserem Organisationsbereich war riesig. Nicht alle, die demonstrieren wollten, konnten nach Berlin reisen. Die Mitglieder der DSTG haben eindrucksvoll ihre Solidarität gezeigt. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die von nah und fern nach Berlin gekommen sind und damit dokumentierten: „So nicht, Herr Bundeskanzler! Wir sind keine Almosenempfänger, sondern haben Anspruch auf leistungsgerechte Besoldung und Vergütung. Wir sind auch nicht Schuld an den ungeordneten Staatsfinanzen!“

Dieter Ondracek

Massenproteste gegen das Sparpaket der Bundesregierung

Rote Karte für den Bundeskanzler

Weit über 40 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – darunter mehr als 6 000 Kolleginnen und Kollegen der DSTG – haben Bundeskanzler Schröder bei der ersten Großdemonstration des Deutschen Beamtenbundes in Berlin am 19. Oktober 1999 vor dem Bundeskanzleramt die „rote Karte“ gezeigt. DBB-Chef Erhard Geyer hatte dem Regierungschef zuvor in einer geschliffenen Protestrede vorgeworfen, zwar das Schlagwort von der sozialen Gerechtigkeit ständig zu strapazieren, die soziale Gerechtigkeit selbst aber auf der Strecke zu lassen.

„Die Politik hat offenkundig geglaubt, den öffentlichen Dienst bis zum ‚geht nicht mehr‘ belasten und ausplündern zu können. Mit dieser Demonstration zeigen wir heute die rote Karte. Arrogant und zynisch definiert die Bundesregierung den öffentlichen Dienst als Empfänger staatlicher Leistungen und stellt ihn damit den Sozialhilfeempfängern gleich. Dies ist eine bodenlose Unverschämtheit,“ so die klaren Worte von Erhard Geyer.

An den Bundeskanzler richtete Geyer die Frage, ob er überhaupt die tatsächliche Situation des öffentlichen Dienstes kenne und an die Bundesregierung: „Wer sind diese Damen und Herren, die in der Machtzentrale sitzen und das Wort „soziale Gerechtigkeit“ im Mund führen, ohne überhaupt zu wissen, was soziale Gerechtigkeit ist und die statt dessen ständig soziale Schief lagen produzieren.“

Die Angleichung der Einkommen in den ostdeutschen Ländern an das Westniveau war ein Highlight der

Geyerschen Rede in Berlin: „Es ist genau zehn Jahre her, daß diese Mauer endlich gefallen ist, und es wird allerhöchste Zeit, daß auch die Einkommensmauer zwischen Ost und West endlich abgetragen wird. Die Bundesregierung sagt, daß aufgrund der knappen Staatshaushalte eine sofortige Angleichung der Einkommen im Osten nicht möglich ist. Möglich ist aber, den Menschen eine klare Perspektive zu geben. Die Kolleginnen und Kollegen wollen jetzt, hier und heute, hören, wann sie endlich für gleiche Arbeit gleiches Geld bekommen. Oder soll das noch fünf, zehn oder gar zwanzig Jahre dauern?“

Der Vorsitzende der DBB-Tarifunion Horst Zies zeigte in seiner Rede die Schief lage des Sparpakets für den öffentlichen Dienst auf, der nicht auf Rosen gebettet sei. Privilegien gebe es nicht. Selbst die vielgerühmte Arbeitsplatzsicherheit gehe zusehends den Bach runter. „Deshalb fordern wir Mitsprache, wenn es ums Sparen geht. Wer über unsere Köpfe hinweg entscheidet, wird es spätestens bei der nächsten Wahl zu spüren bekommen“, so Zies wörtlich.

In der geplanten Abkehr vom Gleichklang der Einkommensanpassungen im öffentlichen Dienst sieht Zies einen Angriff auf die Tarifautonomie: „Erst soll die Besoldung im Rahmen der Inflationsrate angepaßt werden, um diese gesetzliche Regelung später als Lohnleitlinie für die Tarifangleichung zu verwenden. Das ist ein Bruch der langjährigen Übung und macht Tarifverhandlungen nahezu überflüssig, wenn nicht gar unmöglich und ist ein An-



DBB-Chef Erhard Geyer bei der Großdemonstration am 19. Oktober in Berlin.

griff auf die Tarifautonomie“.

Gerechtigkeit liesse sich nicht durch ein Tarifiediktat erzielen, sondern nur in freien Vereinbarungen, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung orientieren.

In seinem Schlußappell forderte Zies: „Auch wir sind das Volk. Wir wollen nicht ausgegrenzt werden. Aber wir haben auch nicht die Absicht, uns das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Wir verlangen Gleichbehandlung. Wir hoffen, daß das von Bundeskanzler Schröder nicht nur verstanden, sondern auch begriffen wird!“

Wir fordern Achtung vor der Leistung des öffentlichen Dienstes und keine verbalen Diskriminierungen, wie sie Bundeskanzler Schröder zu eigen sind. Das haben wir nicht verdient.“

Für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst forderte Zies von den öffentlichen Arbeitgebern Tarifverhandlungen mit Substanz, Tarifverhandlungen, die diesen Namen auch verdienen. „Und wir erwarten

Ergebnisse, die in Ost und West akzeptiert werden können.“

Der Vorsitzende des DBB-Brandenburg Heinz-Egon Müller forderte in einer leidenschaftlichen Rede die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet ein.

„Es ist nicht länger hinzunehmen, daß bei gleicher Arbeit und gleich hoher Leistung, bei höheren Arbeitszeiten und schlechterer tariflicher Absicherung Besoldung und Vergütung gezahlt wird, die tatsächlich unter 86,5 Prozent der Westvergütung liegt.“

Jetzt können die Politiker in politischer Verantwortung das angehen und ändern, was sie 1997 (in der Opposition) in einer Anfrage an den Deutschen Bundestag zu Recht festgestellt haben: Die Bezahlsunterschiede sind weder durch finanzielle, wirtschaftliche, noch unter Leistungsgesichtspunkten gerechtfertigt. Jetzt, meine Damen und Herren Politiker, jetzt wollen wir die entsprechenden Taten sehen“, so Müller wörtlich.

Zweierlei Maß dürfe nicht mehr zugelassen werden, wenn der Ruf nach innerer Einheit mehr als bloßes Schlagwort sein soll. „Wir lassen uns weder zum Spielball der Haushälter, weder zum Sündenbock für verfehlte Politik, noch einseitig zu Sparopfern machen. Der Osten ist nicht wie versprochen Chefsache geworden, sondern zur Nebensache pervertiert. Die Forderung lautet deshalb: Angleichung Ost an West im Jahr 2000 und dann sofort!“, so Müller in seinem Schlußwort.

Die DBB-Bundesleitung hat bei der Großdemonstration am 19. Oktober 1999 in Berlin eine Protestresolution im Bundeskanzleramt übergeben, mit der der Regierungschef die Nöte und Sorgen des öffentlichen Dienstes nacharbeiten kann.

Mit überzeugender Mehrheit gewählt

Dieter Ondracek neuer UFE-Präsident

Dieter Ondracek ist neuer Präsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE), der europäischen Dachorganisation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Bei nur wenigen Stimmenenthaltungen wählte ihn das UFE-Komitee am 21. September 1999 in Helsinki in dieses Spitzenamt. Er ist Nachfolger von Kollegen Jos. Schaack, der Staatssekretär für öffentliche Verwaltung und Verwaltungsreform in Luxemburg wurde und nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stand.

Jos. Schaack war seit 1996 UFE-Präsident. Der neue UFE-Präsident Dieter Ondracek würdigte die Verdienste von Schaack um die UFE. Er habe mit großem Engagement in den drei Jahren für die europäischen Steuer- und Zollverwaltungen gestritten und ihr europapolitisches Profil geschärft. Die UFE habe sich in diesen drei Jahren erneut als die einzige gewerkschaftspolitische Kraft der Beschäftigten der Finanzverwaltungen (Steuer- und Zollverwaltungen) in Europa bewährt und ihre Positionen weiter ausgebaut.

In dankbarer Anerkennung und Würdigung seiner großen Verdienste um die UFE und das europäische Finanzpersonal verlieh das Komitee auf Antrag des Präsidiums einstimmig Jos. Schaack die Ehrenmitgliedschaft der UFE.

Jos. Schaack dankte dem Komitee, dem Präsidium und dem Generalsekretariat für die tatkräftige Unterstützung. „Ich bin und bleibe ein guter Freund der UFE und werde auch an der anderen Seite des Tisches nicht vergessen, wo ich herkomme. Ich habe meine „gewerkschaftliche Seele“ nicht an der Garderobe der

Luxemburger Regierung abgegeben“, sagte Schaack.

Ebenfalls mit einem überzeugenden Vertrauensbeweis wurden die fünf Vizepräsidenten in ihren Ämtern bestätigt: Jorn Rise Andersen (Dänemark), Mike Duggan (Vereinigtes Königreich), Peter Raats (Niederlande), Giordano Schera (Schweiz), Christian Steenhoudt (Frankreich). Kooperiert in das Präsidium wurde der Vorsitzende des Bundes Deutscher Zollbeamten – Gewerkschaft Zoll und Finanzen (BDZ), Kollege Heinz Schulze.

Gleichzeitig wurde die UFE in Helsinki erweitert. Zwei Finanzgewerkschaften wurden neu aufgenommen: die „Unie van Financien“ (Belgien), die Steuer- und Zollbeamte organisiert, sowie der Verband des Schweizerischen Zollpersonals (VSZP), die Gewerkschaft des uniformierten Schweizerischen Zollpersonals.

Damit organisiert die UFE jetzt 37 Mitgliedsgewerkschaften aus 15 europäischen Ländern mit etwa 400 000 Einzelmitgliedern.

Die UFE ist die einzige Organisation von Fachgewerkschaften der Finanzverwaltung in Europa und ständiger Gesprächspartner der Kommission, des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU usw.

In der Auftaktveranstaltung des Kongresses würdigte die Vorsitzende des gastgebenden finnischen Mitgliedsverbandes Verovirkailijain Liitto, Leena Tuikkanen, die wachsende Bedeutung der UFE in Europa. „Steuern sind der Preis für unsere Zivilisation“ – dies sei eine – so Leena Tuikkanen – zutreffende gesellschaftliche Einordnung unseres Steuersystems. Der Richter am Ober-



Das UFE-Präsidium mit den Vizepräsidenten Jorn Rise Andersen (Dänemark) und Giordano Schera (Schweiz), Präsident Dieter Ondracek, Vizepräsident Christian Steenhoudt (Frankreich) sowie Generalsekretär Paul Courth und dem Vertreter der EU-Kommission, Donato Rapponi (v. l. n. r.).

sten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, Oliver Wendell-Holmes, habe damit bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts den hohen Rang der Steuern erkannt. Personalabbau, verbunden mit unbezahlten Überstunden, eine nicht leistungsgerechte Bezahlung usw., seien nicht in Einklang zu bringen mit den gewaltigen Aufgaben und Lasten, die den Einnahmeverwaltungen zugewiesen seien.

Der Vertreter der Generaldirektion XXI der EU-Kommission, Donato Rapponi, zeigte die Schwierigkeiten auf, die Steuern im Bereich der Mehrwertsteuer und der indirekten Steuern zu harmonisieren. Das sei wegen des Einstimmigkeitsprinzips im Ecofin-Rat kaum durchsetzbar. Jedoch habe die Kommission einen Verhaltenskodex vorgelegt, der steuerliche Sonderregelungen in „faire“ und damit auch weiterhin zulässige oder aber „unfaire“, d. h. wettbewerbsverzerrende Tatbestände gliedere. Dies sei nach seiner Überzeugung ein Weg in die richtige Richtung, wenn der Verhaltenskodex auch zahlreiche Ausnahmen zulasse, insbesondere was die steuerliche Behandlung der britischen Eurobonds anbetreffe.

Das Programm „FISCALIS“ sehe einen verstärkten Aus-

tausch von Finanzbeschäftigten innerhalb der EU vor – eine unabdingbare Voraussetzung für die notwendige Zusammenarbeit der europäischen Finanzverwaltungen.

Insgesamt müsse es gelingen, das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Steuern und Abgaben zu wecken. Hierzu sei es notwendig, dass die europäischen Finanzverwaltungen, aber auch die EU-Kommission, eine offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Der Generaldirektor der finnischen Steuerverwaltung, Jukka Tammi, würdigt die UFE als die einzig repräsentative europäische Vereinigung der Finanzbediensteten. In der finnischen Steuerverwaltung arbeiten 3 600 Mitarbeiter – dies seien 1 000 weniger als im Jahre 1990, obwohl die Arbeit gewachsen sei. Das Durchschnittsalter sei 45 Jahre. Schwerpunktaufgaben seien auch in Finnland die Eindämmung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität. Jukka Tammi setzt sich für eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Steuerverwaltungen innerhalb Europas ein. Hierzu sei die Fortbildung des Personals eine unumgängliche Voraussetzung.

Mit der neuen Führungsspitze hat die UFE ein dichten

tes Programm zu bewältigen. In einer EntschlieÙung „Das europäische Steuer- und Zollrecht und ihr Vollzug auf dem Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit“ wird vor der wachsenden und immer bedrohlicheren Steuerkriminalität in Europa gewarnt. Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität lehnten sich immer stärker an die Organisationsformen der organisierten Kriminalität an, deren „Markenzeichen“ eine hohe Mobilität sei. Dem hätten die Einnahmeverwaltungen in Europa weder eine wirksame Strategie, noch ein effektives organisatorisches oder personelles Konzept entgegenzusetzen.

Die Globalisierung habe zu einer immer stärkeren Vernetzung der wirtschaftlichen Aktivitäten geführt, die der Besteuerung zugrundeliegen. International vernetzt sei entsprechend auch die Rechtsanwendung. Dies alles erfordere eine leistungsfähige Einnahmeverwaltung mit professionellen und leistungsgerecht bezahlten Beschäftigten.

Appelliert wurde an die verantwortlichen Politiker in Europa, „sich der bedeutsamen Rolle der Einnahmeverwaltung stärker als bisher bewußt zu werden und eine Neuorientierung ihrer Politik einzuleiten, damit die Einnahmeverwaltung ihre Aufgaben erfüllen könne

- durch eine ausreichende sachliche und personelle Ausstattung,
- durch attraktive Arbeitsbedingungen und Leistungsanreize,
- durch moderne EDV-Konzepte,
- kurz: durch ein Bündel aufeinander abgestimmter organisatorischer und personeller Maßnahmen, über die die gewaltigen Aufgaben und die Möglichkeiten ihrer Bewältigung in Einklang gebracht werden.

Speziell für den Steuerbereich hat das Komitee auf Vorschlag des Steuerausschusses einen programma-

Dieter Ondracek Gedanken zur Übernahme der UFE-Präsidenschaft

So sehr uns die nationale Gewerkschaftsarbeit auf den Nägeln brennt, so sehr müssen wir auch erkennen: die nationale Gewerkschaftsarbeit wird in Zukunft immer stärker vom dynamischen Prozeß der europäischen Integration beeinflusst.



Mit der Einführung eines einheitlichen Währungsgebietes hat Europa für uns Financer eine ganz neue Dimension gewonnen. Die damit verbundene Europäisierung unserer Wirtschaft, die Globalisierung usw. wird immer stärker die wirtschaftlichen Vorgänge miteinander vernetzen und damit die Besteuerungsgrundlagen, und nicht zuletzt auch die Rechtsanwendung.

Hierzu nur ein besonders aktuelles Beispiel:

Der „Electronic Commerce“, ein Handel über elektronisch vernetzte Kommunikationssysteme, d. h. der steuerlich relevante Vorgang spielt sich innerhalb des Netzes ab, hat für die Mehrwertsteuerbetrügereien ein ganz neues Betätigungsfeld eröffnet. Dem kann nur entgegen gewirkt werden, wenn ein System gefunden wird, über das den Einnahmeverwaltungen unverfälschte und vollständige Datensätze zur Verfügung gestellt werden.

Darum ist es für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wichtig, dass sie in ihrer europäischen Spitzenorganisation, der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE), Führungspositionen einnimmt. So ergänzt mein Amt als neu gewählter Präsident der UFE sinnvoll meine Arbeit als DSTG-Bundesvorsitzender.

Die Parole heißt: über den nationalen Zaun hinaus blicken, nach Europa schauen und schon jetzt absehbare Entwicklungen frühzeitig erkennen und steuern. Nur wer diese Chance nutzt, hat eine Zukunftsperspektive. Die UFE gibt hierfür den effektiven gewerkschaftlichen Rahmen.

tischen Beschluß verabschiedet – zum Ursprungslandprinzip, zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerkriminalität, gegen das Steuerdumping, zum Koexistenzmodell sowie zum „Electronic-Commerce“. Die EntschlieÙung in Auszügen:

„Die UFE stellt fest, daß im innergemeinschaftlichen Handel wohl in absehbarer Zeit keine Umstellung auf die Besteuerung im Herkunftslandprinzip (Ursprungslandprinzip) als einzig wirkliche binnenmarktkonforme Lösung erfolgen wird. Fortschritte hinsicht-

lich der Umstellung auf das Ursprungslandprinzip und der Harmonisierung der Mehrwertsteuernormalsätze scheitern am sog. „Einstimmigkeitsprinzip“. Einstimmigkeit bedeutet jedoch auch, daß Enthaltungen nicht mitzählen. Wenn das Einstimmigkeitsprinzip schon nicht durch ein qualifiziertes Mehrheitsprinzip ersetzt werden kann, appelliert der Steuerausschuß der UFE an die Mitgliedstaaten, verstärkt von ihrer Stimmenthaltungsmöglichkeit im Rat Gebrauch zu machen, um so notwendige Fortschritte bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuer zu fördern.

Seit dem 2. Juni 1999 ist OLAF als Nachfolgerin von UCLAF tätig. Von den mehr als 140 Mitarbeitern der Behörde sind jedoch nur zwei Mitarbeiter für die Bekämpfung der Mehrwertsteuerbetrügereien zuständig. Dies ist angesichts der Ausfälle durch Vorsteuerbetrügereien, die von offizieller Seite auf mehr als eine Milliarde ECU beziffert werden, nicht hinnehmbar. Zudem bedarf es zur besseren Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges einer europäischen Schaltstelle, einer „Task force“, die mit Hilfe eines elektronischen Informationsverbundes zeitnah steuerpflichtige Umsätze erfassen kann, um so Steuerbetrügereien schon im Vorfeld wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Der Steuerausschuß der UFE fordert die europäischen Institutionen und vor allem die Mitgliedstaaten dazu auf, die Mehrwertsteuerbetrugsbekämpfungsabteilung bei OLAF sowohl personell als auch mit Mitteln besser auszustatten.

Die UFE begrüßt die Bemühungen der EU, im Hinblick auf den Verhaltenskodex die Einstufung der steuerlichen Sonderregelungen in den Mitgliedstaaten in „faire“ und damit auch weiterhin zulässige oder aber „unfaire“, weil wettbewerbsverzerrende Tatbestände, vorzunehmen und darüber im Dezember in Helsinki einen abschließenden Bericht vorzulegen. Der Verhaltenskodex ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch müssen die Ausnahmeregelungen beseitigt und eine rechtliche Bindungswirkung herbeigeführt werden, einhergehend mit der Schaffung von wirksamen Mechanismen, um die Einhaltung dieses Verhaltenskodex sicherzustellen. Zudem ist die EU aufgefordert, effektive Maßnahmen gegen die Bestrebungen von Ländern außerhalb der EU, Mitgliedsländern der EU Steueraufkommen zu entziehen, zu ergreifen.

Die UFE begrüßt den Richtlinienvorschlag zur Zinsbesteuerung bei grenzüberschreitender Auszahlung, der das sog. „Koexistenzmodell“ beinhaltet, das entweder eine Quellensteuer von 20 % oder aber auch eine Mitteilungspflicht vorsieht.

Sie fordert den EU-Minister rat auf, darauf hinzuwirken, daß die Richtlinie so schnell als möglich verabschiedet wird. Sie fordert die EU des weiteren dazu auf, verstärkt darauf hinzuwirken, daß das sog. „Koexistenzmodell“ so schnell als möglich Weltprinzip wird.

Der Handel über elektronisch vernetzte Kommunikationssysteme, der „Electronic Commerce“, gilt als der Zukunftsmarkt schlechthin. Insbesondere bei Online-Transaktionen, bei denen sich in der Regel der gesamte steuerrelevante Vorgang innerhalb der Netzsysteme abspielt, kommt es für den Fiskus entscheidend darauf an, unverfälschte und vollständige Datensätze zu erlangen. Dies setzt voraus, daß dem Fiskus ein entsprechender Zugriff auf die Daten gewährt wird und daß die Ursprünglichkeit und Vollständigkeit der Daten aus technischer Sicht sichergestellt ist. Die UFE fordert die EU dazu auf, hierfür Sorge zu tragen.

Der grenzenlose Charakter der Netze sowie die extreme Mobilität der Anbieter wird aus inländischer Sicht zu einer erheblich höheren Zahl von Steuerpflichtigen führen, die im Ausland ansässig sind und sich im Zweifel der Reichweite des Zugriffs des inländischen Fiskus entziehen. Nur durch internationale Übereinkommen über den Austausch von Informationen und über die Amtshilfe in Vollstreckungssachen kann der erforderliche gleichmäßige Vollzug von Steuerforderungen sichergestellt werden. Die UFE fordert die EU auf, hierfür die notwendigen Instrumentarien zur Verfügung zu stellen.

50 Jahre DSTG Niedersachsen

Lüerßen: Steuerpolitik am Computer durchspielen

Der DSTG-Landesverband Niedersachsen feierte am 14. September 1999 im Rahmen einer Ortsverbandsvorsitzenden-Konferenz seinen 50. Geburtstag.

Nach der Begrüßung der Gäste orientierte sich der DSTG-Landesvorsitzende Werner Lüerßen in einem Rück- und Ausblick an dem Buch „Die Logik des Mißlingens“ von Dietrich Dörner mit dem Untertitel: „Strategisches Denken in komplexen Situationen“. Anhand des Buches skizzierte der Landesvorsitzende Probleme bei der Bewältigung in die Zukunft gerichteter komplexer Themen im Steuerrecht, in der Steuerverwaltung, in der Personalwirtschaft und anderen mehr. Es sollte versucht werden, sich etwa im Steuerrecht durch Computersimulation die gegenwärtige Rechtslage und geplante Veränderungen anschaulich zu machen. Derzeit sei es nicht einmal möglich, Veränderungen im Steuersatz und beim Grundfreibetrag zugleich in ihrer Auswirkung anhand von Computergrafiken anschaulich zu machen. Er schloß mit der Forderung an die Politiker, alle zukunftsbezogenen Entscheidungen der Politik in Computersimulationen begreifbar zu machen. Erst danach sollte entschieden werden, ob und wie man weiterverfährt. Dies gelte für Fragen der Besteuerung, der Personalentwicklung und die öffentlichen Haushalte.

Finanzminister Aller gratulierte in seiner Ansprache der DSTG zu ihrer erfolgreichen Arbeit, dankte für faire, durch überzeugenden Sachverstand und gegenseitiges Verständnis geprägte Zusammenarbeit. Er vergaß auch nicht, den Beschäftigten in den Ämtern zu dan-



DSTG-Chef Dieter Ondracek im Gespräch mit Finanzminister Aller.

ken, die aufgrund ihres Engagements den Zusammenbruch der Finanzämter, z. B. bei der Umsetzung der Neuregelung zu den „630-Mark-Jobs“, verhindert hätten. Außerdem wisse er, daß die Ausstattung der Steuerverwaltung verbesserungswürdig sei. Aller verknüpfte dies mit dem Wunsch, die Steuerbürger zu freudigen, pünktlichen und ehrlichen Steuerzahlern zu erziehen. Durch die Bankenfahndungen seien im übrigen bisher ca. 300 Mio. DM zusätzlich eingenommen worden. Wei-

tere Ausführungen folgten zur Nutzung des Internets für Handel mit Waren und Dienstleistungen und die hieraus für die Steuerverwaltung resultierenden Probleme sowie zum Projekt „Finanzamt 2003“.

In einem Grußwort führte der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek die Geburtstagsrunde mit launigen Erläuterungen durch aktuelles Steuerrecht und beleuchtete die gewerkschaftspolitische „Großwetterlage“.



Der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Niedersachsen, Werner Lüerßen, im Gespräch mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Joachim Rothe.



Mit dem Umzug des Parlaments hat sich auch das Wirkungsfeld der DSTG nach Berlin verlagert. Von allen Parteien viel befragt war DSTG-Chef Dieter Ondracek, hier mit Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, bei der Expertenanhörung zum Steuerbereinigungsgesetz 1999 im Bundestagsfinanzauusschuß im Reichstagsgebäude in Berlin.

Besoldungsrunde 1999

Verzögerte Anpassung für Beamte im Gesetz festgeschrieben

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Oktober 1999 das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999 verabschiedet.

Das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1999 (BT-Drs. 14/1088) wurde nach Vorberatung durch den Innenausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie den Haushaltsausschuß vom Deutschen Bundestag am 7. Oktober 1999 in 2. und 3. Lesung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen verabschiedet. Das Gesetz berücksichtigt in Teilen den Tarifabschluß für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 24. Februar 1999 und sieht u.a. folgende Regelungen vor:

- Gewährung einer Einmalzahlung in Höhe von 300 DM für die Monate März bis Mai 1999 für Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen in aufsteigenden Gehältern (Besoldungsgruppen A 1 bis A 16, C 1 bis C 3 sowie R 1 und R 2)
- Lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungs-

bezüge um 2,9 v. H. (Verminderung um 0,2 %-Punkte gegenüber dem Tarifbereich zur Bildung der Versorgungsrücklagen)

– ab 1. Juni 1999 (zeitliches Hinausschieben der Erhöhung gegenüber dem Tarifbereich um 2 Monate zur Gegenfinanzierung der Folgekosten einer Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998)

– ab 1. Januar 2000 für Empfänger von Bezügen der BBesO B, der Besoldungsgruppen C 4 und R 3 bis

R 10 sowie entsprechender fortgeltender landesrechtlicher Besoldungsgruppen

- Aufbau einer Versorgungsrücklage

durch Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung um 0,2 Prozent-Punkte zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben

- Verlängerung der Festschreibung der jährlichen Sonderzuwendungen auf dem Niveau von 1993 (Niveau West: 89,2%; Niveau Ost: 67,21 %)

- Erhöhung der Bezüge für Beamte in Ausbildungs-

verhältnissen (Anwärterbezüge) ab 1. März 1999

- Anhebung der Familienzuschläge (mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge), der Amtszulagen und der allgemeinen Stellenzulagen nach Vorbemerkung Nr. 27 der BBesO A und B sowie der Vorbemerkung Nr. 2b der BBesO C um 2,9 %

- Erste Schritte zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder vom 24. November 1998 durch

– Nachzahlungsregelungen für Kläger und Widerspruchsführer für den Zeitraum bis 1998

– befristete Sonderregelungen für das Jahr 1999 und das Jahr 2000 durch Erhöhung des Familienzuschlags für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um je 200 DM monatlich

- Verlängerung der zum Jahresende 1999 auslaufenden besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ermächtigungen für Übergangsregelungen in den neuen Bundesländern bis zum Jahre 2002 (§ 73 Satz 1 BBesG, § 107 a Abs. 1 Satz 1 BeamVG).

Eine Entscheidung des Bundesrates zu dem Gesetz wird am 5. November 1999 erwartet.



Am Rande eines Empfangs des DBB in Berlin sprach der DSTG-Bundesvorsitzende mit dem Innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski (li.; re. DBB-Chef Erhard Geyer). Schwerpunkt des Gesprächs war dabei das Vorhaben der Bundesregierung, die Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger für die nächsten beiden Jahre an die Inflationsrate zu koppeln.

+++ Tarif-Telegramm +++

Die Bundesregierung hat Anfang September 1999 den Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Altersteilzeitarbeit beschlossen, damit mehr ArbeitnehmerInnen, aber auch mehr Unternehmen Altersteilzeit nutzen können. Die Altersteilzeit war bis Anfang Juli 1999 in rund 270 Tarifverträgen verankert, in deren Geltungsbereich ca. 12 Millionen ArbeitnehmerInnen fallen. Damit ist die Altersteilzeitarbeit heute in nahezu allen Wirtschafts- und Verwaltungsbereichen geregelt.

Die Gesetzliche Rentenversicherung ist die tragende Säule der Alterssicherung. Das wird sie auch in Zukunft sein, denn sie sichert für die große Mehrzahl der BürgerInnen in Deutschland den Ruhestand. Das Bundesarbeitsministerium hat die Broschüre „Die Rente“ neu aufgelegt, die einen Überblick über das bestehende Rentenrecht und ein Rentenlexikon enthält sowie Beratungsmöglichkeiten aufweist. Bezugsadresse: BM für Arbeit und Sozialordnung, Öffentlichkeitsarbeit, Jägerstr. 9, 10117 Berlin, Tel.: 0180-5 15 15 10.

Die Übertragung der Tätigkeit einer höheren Lohn- oder Vergütungsgruppe unterliegt auch dann dem Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung, wenn mit ihr keine Lohn- oder Vergütungsänderung verbunden ist. Der Mitbestimmungsstatbestand stellt lediglich darauf ab, ob die Tätigkeit – nach Art und Gegenstand entsprechend ihrer Zuordnung zu einer der maßgeblichen Vergütungsgruppen – höher (oder niedriger) zu bewerten ist. (OVG Hamburg, Beschluss vom 5.3.1999 – Bf 107/98 – ausführlich in ZfPR, Nr.5/99, S. 154).



Die DSTG-Tarifkommission kam vom 27. bis 29. September 1999 im Hofgut Algertshausen in Greifenberg/Ammersee unter Leitung ihres Vorsitzenden Helmut Overbeck zu ihrer 58. Sitzung zusammen. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen ein Ausblick auf die Tarifrunde 2000 im öffentlichen Dienst, die Altersteilzeitarbeit, Tarif- und Eingruppierungsfragen, die Situation in den ostdeutschen Bundesländern, Arbeiter- und Organisationsangelegenheiten sowie Fragen der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Vorbereitet wurden auch die Anträge für den Gewerkschaftstag der GGVöD/DBB-Tarifunion, der vom 25. bis 27. November 1999 in Berlin stattfindet.

Gleicher Lohn hat höchste Priorität

100 % Arbeit – 86,5 % Lohn! Das ist Hohn! – unter diese Überschrift stellte der Bundesvorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, seinen Redebeitrag bei einer DBB-Veranstaltung am 2. Oktober 1999 in Potsdam. Die Hauptvorstände der Landesbünde Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin versammelten sich an diesem denkwürdigen Datum in Potsdam, um einen Rückblick auf die Erfolge der vergangenen zehn Jahre zu halten, aber auch die Versäumnisse in diesen zehn Jahren deutlich anzusprechen. Das Hauptreferat auf dieser Veranstaltung hielt der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Erhard Geyer. Für die neuen Länder sprach der DBB-Landesbundsvorsitzende aus Sachsen, Gerd Drechsler, für die Bundesbeamten der VBOB-Vorsitzende Rainer Schwierczinski, für den Tarifbereich der Vorsitzende der DBB-Tarifunion Horst Zies und für die Fachverbände der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek. Die Begrüßung und Moderation hatte der Landesbundsvorsitzende Brandenburg, Heinz-Egon Müller, übernommen.

Ondracek gab einen Rückblick über zehn Jahre Aufbau der Steuerverwaltung. Er verdeutlichte, in welcher kurzer Zeit Finanzämter „installiert“ werden mußten, unter welcher schwierigen Bedingungen die Beschäftigten in den neuen Finanzämtern ihre Arbeit bewältigen mußten. Arbeit, Lehrgang, Learning by Doing war und ist über die zehn Jahre hinweg angesagt. Die teilweise katastrophalen Dienstgebäude und die am Anfang fehlende Technik sind fast vergessene Vergangenheit. Vieles ist geschehen. Die Steuerverwal-

tung – auch in den neuen Ländern – bewältigt die ihr gestellte Aufgabe ordentlich. Nur die Bezahlung hinkt hinterher!

86,5 % Lohn bei oftmals mehr als 100 % Arbeit – dies empfinden die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern als Hohn. Die Finanzminister der neuen Länder sagen, sie könnten nicht mehr bezahlen. In der Wirtschaft würde weniger bezahlt. Dem hielt Ondracek entgegen, dass es in der Wirtschaft sehr wohl Bereiche gäbe, die 100 % zahlen und dass die Reduzierung des Problems rein auf den Finanzbedarf völlig außer acht lasse, dass es dabei auch um die Wertgefühle von Menschen geht. Wer nach zehn Jahren immer noch anders behandelt und schlechter bezahlt wird, als die Kolleginnen und Kollegen im Westen, fragt sich, wie lange man noch zu den Benachteiligten des einheitlichen Vaterlandes zählen solle. Diese unterschiedliche Behandlung greift an das Selbstwertgefühl. Die Politik habe „blühende Landschaften“ versprochen, und es ist für jeden sichtbar: Straßen und Eisenbahnen sind modernisiert, baufällige Häuser sind saniert, triste graue Fassaden sind überall aufpoliert, die Dienststellen sind technisch gut ausgerüstet, die Unterbringung der Dienststellen in renovierten oder neuen Gebäuden ist vielfach Tatsache. Nur an der gleichwertigen Bezahlung und damit an der gleichen Behandlung fehlt und hapert es! Dies nagt am Selbstwertgefühl, erzeugt Frust und Ärger und beeinflusst auch das Wahlverhalten! Vielfach müsse festgestellt werden, dass die Gräben zwischen Ost und West wieder tiefer werden und die Vorbehalte zwischen Ost- und Westkollegen wieder größer werden.

24. Deutschlandturnier der DFSH

Favoriten stolperten in Chemnitz

Erstens: Tolle Vorarbeit geleistet! Organisationsplan, Wettkampfstätten, Unterkünfte und abendliche Treffpunkte ließen keine Wünsche offen.

Zweitens: Glück gehabt! Entgegen allen Voraussagen hielt das Wetter nicht nur, sondern entwickelte sich sogar zur optimalen Rahmenbedingung.

der Finanzen Prof. Dr. Georg Milbradt, als Schirmherr das erste Grußwort sprach, war der Rasen zwar von dem letzten Regenschauer noch naß, von diesem Moment an schien aber die Sonne. Weitere Begrüßungsworte folgten durch den Chemnitzer Bürgermeister Peter Fittig, Oberfinanzpräsident Klaus Staschik, DSTG-Chef Dieter Ondracek und Landesfürst

Waren begeistert von dem Einmarsch der über 1 000 Sportlerinnen und Sportler aus dem gesamten Bundesgebiet: (v.l.) DSTG-Chef Dieter Ondracek, Sachsens Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt, stellv. DSTG-Bundevorsitzender Helmut Overbeck, Präsident der OFD Chemnitz Klaus Staschik, Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Sachsen Achim Rothe und DFSH-Vorsitzender Richard Huber.

Drittens: Voller Erfolg! Unter tatkräftiger Mitwirkung von rund 1 000 Sportlerinnen und Sportlern wurde so das erste Deutschlandturnier in einem neuen Bundesland zu einem herausragenden Ereignis.

So lautet das Fazit des 24. Deutschlandturniers vom 16.-18. September in Chemnitz. Das Organisationsteam unter Vorsitz von Jost Hess (Vorsteher des FA Chemnitz-Süd) hatte dafür eine Menge zittern müssen, denn besonders Petrus ließ sich nicht in die (Prognose-)Karten schauen. Als dann der Sächsische Staatsminister

Achim Rothe bevor der DFSH-Vorsitzende Richard Huber die Spiele eröffnete.

Damit war der Weg frei zu sportlichen Wettkämpfen, die manchmal etwas unerwartet verliefen, denn die großen Favoriten der Vorjahre hatten in einigen Bereichen Mühe.

Erstes prominentes „Opfer“ war beim Tenniswettbewerb der Herren der elfmalige Sieger Georg Laus (Krefeld), den bereits in der zweiten Runde das Schicksal durch eine glatte 6:0, 6:2-Niederlage gegen den Nobody Markus Morsch (Saarland) er-

Aufmerksame Beobachter der Szenerie: Sachsens Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt (li.) und DSTG-Chef Dieter Ondracek.

eilte. Anschließend stellte sich heraus, daß dies kein Zufall war, denn Markus Morsch setzte seinen Siegeszug fort und traf im Finale gegen Uwe Moll (Köln) auf einen weiteren nicht gesetzten Spieler, dem er nur die Silbermedaille überließ.

Ähnliche Überraschungen gab es auch beim Tischtennisturnier der Herren, bei dem der mehrjährige Sieger Bernd Schiller (Hamburg) im Viertelfinale gegen den späteren Sieger (2:1 Sätze im Endspiel gegen Oliver Bohländer, Frankfurt) Mirko Kernein (Niedersachsen) ausschied und schließlich im Fußballturnier, das nicht der bisherige Abonnementsieger Essen-Ost gewinnen konnte. Einige Ausfälle hatten die Mannschaft wohl mehr geschwächt als selbst angenommen.

Die Vorrunde bestritten die Essener zwar noch ohne Niederlage, auffällig aber schon hier die makellose Bi-

lanz des FA Neuwied mit 10:0 Toren und 12 Punkten aus vier Spielen. Am zweiten Tag hatte dann Neuwied das Glück auf seiner Seite, denn im Halbfinale benötigte man gegen Gießen das Elfmeterschießen, um sich mit 5:3 durchzusetzen. Im Finale war es dann der 1:0-Siegtreffer, bei dem die Essener Hintermannschaft kräftig mit half, aber mit Glück und Geschick stand schließlich Neuwied als Sieger fest und Essen-Ost belegte den ungewohnten zweiten Platz.

Das Trostrundenturnier im Fußball wurde auch im Elfmeterschießen mit 6:5 vom letztjährigen Veranstalter Heidelberg gegen das FA Flensburg gewonnen.

Eine Beinahe-Überraschung zeichnete sich beim Schach ab, wo zwischenzeitlich Annegret Elschner (Berlin) die Führung übernommen hatte, letztlich setzten sich aber erneut Hajo Vatter

Bei seiner Eröffnungsrede des 24. Deutschlandturniers der Finanzämter der Organisationschef und Vorsteher des Finanzamtes Chemnitz-Süd Jost Hess.

(Nordbaden) und Ralf Schöne (Brandenburg) hauchdünn mit 7,5 bzw. 7 Punkten durch und überließen der Dame – gegen alle guten Sitten – doch nur Platz 3 vor Alexander Okrajek (Sachsen), die beide ebenfalls auf 7 Punkte kamen.

Erwartungsgemäß verliefen die Spiele dann mehr oder weniger beim Tennisturnier der Damen (Anja Ruß, Essen vor Susanne Katzmarek, Mülheim), den Tischtennis-Mannschaftswettbewerben der Damen (Saarbrücken vor Koblenz) und Herren (Hamburg vor Frankfurt), im Tischtennis-Einzelwettbewerb der Damen (Ute Wilhelm, Siegburg in Abwesenheit der Vorjahressiegerin Monika Hußmann vor Bettina Schmidt, Koblenz) sowie im Kegeln, bei dem die Damen des FA Schweinfurt vor Offenburg und Augsburg siegten und die Herren aus Schrobenshausen denen aus Bayreuth und Kassel-Spohrstraße das Nachsehen gaben. Einzelsieger wurden Beatrix Schmerbach (Karlsruhe) und Ralf Jurich (Chemnitz).

Nach drei anstrengenden Turniertagen konnte sich das Orga-Team zufrieden zurücklehnen und feststellen, daß ein reibungsloses Sportfest mit sportlichen Glanzlichtern über die Bühne gegangen war. Den Sportlerinnen und Sportlern aus der gesamten Bundesrepublik wird dieses erste Turnier in einem neuen Bundesland in äußerst positiver Erinnerung bleiben, denn viele Aktive zeigten sich noch vor Ort angenehm überrascht. Dem Team gilt ein deutliches Dankeschön!

Gleichzeitig machten bereits die nächsten Ausrichter aus Augsburg durch gute Präsentationen auf das Jubiläumsturnier im Jubeljahr 2000 aufmerksam. In diesem Sinne verabschiedeten sich viele Sportlerinnen und Sportler aus Chemnitz: Auf Wiedersehen im nächsten Jahr in Augsburg!

Die siegreiche Fußballmannschaft des Finanzamtes Neuwied (Rheinland-Pfalz).

Ergebnisse des 24. Deutschland- turniers der Finanz- ämter 1999 in Chemnitz

Fußball

1. FA Neuwied
2. FA Essen-Ost
3. FA Giessen
4. FA Verden

Tennis – Damen

1. Anja Russ (BV Düsseldorf)
2. Susanne Katzmarek (BV Düsseldorf)
3. Ulrike Lehberger (LV Saar)
4. K. Gollnisch (LV Sachsen)

Tennis – Herren

1. Markus Morsch (LV Saar)
2. Uwe Moll (BV Köln)
3. Frank Jansen (BV Köln)
4. Michael Paulus (LV Saar)

Tischtennis – Mannschaft – Damen

1. OFD Saarbrücken
2. OFD Koblenz
3. OFD Düsseldorf / OFD Karlsruhe

Tischtennis – Mannschaft – Herren

1. OFD Hamburg
2. OFD Frankfurt/M.
3. FA Flensburg
4. FA Neuss

Mannschaftsführer Herbert Wingers nimmt aus den Händen von Oberfinanzpräsident Klaus Staschik den Pokal zum Sieg des Fußballturniers für seine Neuwieder Mannschaft in Empfang.

Tischtennis – Einzel – Damen

1. Ute Wilhelm (FA Siegburg)
2. Bettina Schmidt (OFD Koblenz)
3. Michaela Krummeich (OFD Koblenz)
4. Yvonne Zimmer (OFD Koblenz)

Tischtennis – Einzel – Herren

1. Mirko Kernein (LV Niedersachsen)
2. Oliver Bohländer (LV Hessen)
3. Stefan Hübner (LV Niedersachsen)
4. Thomas Marschler (LV Niedersachsen)

Schach – Einzel

1. Hans-Joachim Vatter (BV Baden)
2. Ralf Schöne (LV Brandenburg)
3. Annegret Elschner (LV Sachsen)
4. Alexander Okrajek (BV BMF)

Schach – Mannschaft

1. LV Brandenburg
2. BV Baden
3. LV Berlin I
4. LV Sachsen

Kegeln – Mannschaft – Damen

1. FA Schweinfurt (bfg-Nordbayern)
2. FA Offenburg (BV Baden)
3. FA Augsburg (bfg-Südbayern)
4. FA Mannheim/Weinheim (BV Baden)

Kegeln – Einzel – Damen

1. Beatrix Schmerbach (BV Baden)
2. Christa Schönfelder (bfg-Südbayern)
3. Helga Laufer (bfg-Nordbayern)
4. Gudrun Putz (BV Württemberg)

Ergebnisse des 24. Deutschlandturniers der Finanzämter 1999 in Chemnitz

Kegeln – Mannschaft – Herren

1. FA Schrobenhausen
(bfg-Südbayern)
2. FA Bayreuth
(bfg-Nordbayern)
3. FA Kassel-Spohrstr.
(LV Hessen)
4. FA Mannheim
(BV Baden)

Kegeln – Einzel – Herren

1. Ralf Jurich
(LV Sachsen)
2. Helmut Banholzer
(bfg-Nordbayern)
3. Herbert Golder
(bfg-Südbayern)
4. Hans-Joachim Knauer
(BV Baden)

HUK-COBURG- Leben ist „Auf- steiger des Jahres“

Als „Aufsteiger des Jahres“ bezeichnete der unabhängige Branchen-Informationsdienst map-report die HUK-COBURG-Leben in seinem neuesten Lebensversicherungs-Rating. Da die HUK-COBURG-Leben, 1968 gegründet, nunmehr über 30 Jahre am Markt ist, konnte sie jetzt erstmals am sogenannten m-Rating teilnehmen und „katapultierte sich“, so map-report, auf Anhieb „in die beste Klassifizierung“: Neben fünf anderen Gesellschaften erhielt sie die Bestnote mmm „für langjährige hervorragende Leistungen“. Als einzige Gesellschaft erreichte die HUK-COBURG-Leben da-

bei die höchstmögliche Punktzahl für die abgefragten Renditen von Kapital-Lebensversicherungen.

Neben den Daten für abgelaufene Verträge mit zwölf, 20 und 30 Jahren Laufzeit berücksichtigt map-report in seiner Untersuchung noch Kennzahlen, wie Renditen der Kapitalanlagen, Kosten- und Stornoquoten und die Servicequalität.

Bislang konnte die HUK-COBURG-Leben jeweils nur am sogenannten p-Rating teilnehmen und bekam dabei zuletzt im Januar 1999 ebenfalls die Bestnote *ppp* „für hervorragende Leistungen im Kurzfrist-Test“. Auch jetzt landete die HUK-COBURG-Leben in diesem Kurzfrist-Test wieder unter den fünf besten Gesellschaften, erhielt aber keine eigene Benotung, weil sie auch am m-Rating teilnahm.

Erfolg des DBB bei Kranken- versicherung

Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit seiner Forderung nach einem beihilfekonformen Standardtarif durchgesetzt, der zu einer wirksamen Begrenzung der sonst im Alter stark ansteigenden Beiträge zur privaten Krankenversicherung für Ruhestandsbeamte führt.

Im Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreform 2000) ist eine derartige Regelung enthalten, die im Referentenentwurf noch gefehlt hatte.

DBB rät zu Rechtsbehelfen

Der Deutsche Beamtenbund empfiehlt, gegen die Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen für Einmalzahlungen, wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder Gratifikationen Rechtsbehelfe einzulegen.

Nach Überzeugung des DBB habe der Gesetzgeber nämlich mit dem am 1. Januar 1997 in Kraft getretenen „Gesetz zur sozialrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt“ die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1995 nicht erfüllt, wonach Einmalzahlungen nur dann zu Sozialversicherungsbeiträgen herangezogen werden können, wenn eine entsprechende Gegenleistung gewährt werde.

Das am 1. Januar 1997 in Kraft getretene Gesetz führe allenfalls theoretisch zu einer entsprechenden Leistung für die Beiträge. Nach übereinstimmender Auffassung der Spitzenverbände der Krankenkassen seien in der Praxis überhaupt keine Fälle denkbar, in denen ein vom Gesetzgeber als Gegenleistung eingeführtes zusätzliches Krankengeld beansprucht werden könnte.

Wegen der vierjährigen Verjährungsfrist für Sozialversicherungsbeiträge empfiehlt der DBB allen betroffenen Einzelmitgliedern, gegen die Beiträge rückwirkend ab 1. Januar 1997 Rechtsbehelfe einzulegen.

Musterschreiben halten die DSTG-Bundesgeschäftsstelle als auch die DSTG-Landes- und Bezirksverbände bereit. Sie sind in Kürze auch über das Internet unter

<http://www.dstg.de>

abrufbar.

Sachsen: Geduld bei flexiblen Arbeitszeiten

Wie wir in Ausgabe 10/99 von „Die Steuer-Gewerkschaft“ berichtet haben, kämpft der DSTG-Landesverband Sachsen weiter um die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Der Landesvorsitzende der DSTG Sachsen, Joachim Rother, hatte sich deshalb an den Sächsischen Staatsminister der Finanzen, Professor Dr. Georg Milbradt, gewandt, um eine Verbesserung zu erreichen. Auszüge aus seinem Brief hatten wir in der Ausgabe 10/99 unseres Gewerkschaftsorgans veröffentlicht. Nunmehr liegt uns auch die Antwort von Professor Milbradt vor.

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für Ihr Schreiben vom 12. 6. 1999 bedanke ich mich.

In der von Ihnen angesprochenen Problematik der Flexibilisierung der Arbeitszeit teile ich Folgendes mit:

Wie ich bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht habe, steht das Sächsische Staatsministerium der Finanzen einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. So wurden entsprechende Anregungen der Personalvertretungen, soweit diese umsetzbar erschienen, gern aufgegriffen.

Unter anderem erfolgte 1997 eine Änderung der Dienstvereinbarung über die Rahmenbestimmungen der gleitenden Arbeitszeit dahin gehend, dass der Beginn der Rahmenzeit auf 6.30 Uhr vorgelegt wurde.

Auch bei der Regelung der Arbeitszeit an den Finanzämtern mit Informations- und Annahmestellen

(IAS) wurden Vorschläge der Personalvertretungen aufgegriffen. Die Bediensteten in den IAS und deren Vertreter erhalten die Möglichkeit, bis zu zweimal monatlich ganztätig (bzw. alternativ einen ganzen und zwei halbe Tage oder 4 halbe Tage) Zeitausgleich in Anspruch zu nehmen. Die bisherigen Beschränkungen, den Bediensteten montags und freitags keinen ganztätigen Zeitausgleich zu gewähren, werden durch Korrektur des Erlasses des SMF vom 03.05.1999 aufgehoben. Das monatlich übertragbare Zeitguthaben wird auf 40 Stunden erhöht.

Eine noch weitergehende Arbeitszeitflexibilisierung und eine Ausdehnung auf einen größeren Personenkreis setzen jedoch eine Änderung der SächsAZVO voraus, bei der auch die übrigen Ressorts zu beteiligen sind.

Bevor hierüber zu entscheiden ist, erscheint es aus Sicht des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der Pilotprojekte beim Sächsischen Staatsministerium des Innern abzuwarten. Dort wurde bis 30.06.1999 an zwei Behörden des nachgeordneten Bereiches eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit getestet. Diese Pilotprojekte befinden sich derzeit noch in der Auswertungsphase.

Ich habe Ihr Schreiben zum Anlaß genommen, das Sächsische Staatsministerium des Innern zu bitten, gegenüber den Ressorts schnellstmöglich über die im Rahmen der Pilotprojekte gewonnenen Erfahrungen zu berichten.

Sobald von dort fundierte Ergebnisse vorliegen,

sollte entschieden werden, wie im Hinblick auf die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit grundsätzlich zu verfahren ist (ggf. Änderung der SächsAZVO).

Ich darf Ihnen versichern, dass bei einer Umsetzung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen die Anliegen der Personalvertretung berücksichtigt werden, soweit diese mit den dienstlichen Interessen in Einklang gebracht werden können.

Bis dahin möchte ich Sie noch um etwas Geduld bitten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. Milbradt“

Tauschcke

StI'in aus dem Bereich der OFD Köln (FA Wipperfürth) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Karlsruhe.

StI'in aus Brandenburg (OFD Cottbus) sucht Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFDen Hannover oder Magdeburg.

StAM aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein, insbesondere Finanzämter Flensburg, Schleswig, Husum, Kiel.

StS z. A. aus NRW (OFD Düsseldorf, FA Velbert) sucht dringend Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFDen Chemnitz oder Magdeburg.

StS aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz), FA Mainz, Bingen, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein.

StAI'in (+ Z) aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht dringend Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen, Finanzamt Siegburg u. Umgebung (OFD Köln).